

Wormwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Bezugspreis:

Wochenschrift 3.- Mtl. monatl. 8.- Mtl. frei ins Haus, gegen zahlbar. Postbezug: Monatlich 8.- Mtl. erst. Postbezugsgeld. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 8.25 Mtl. für das übrige Ausland 10.25 Mtl. bei täglich einmal. Zustellung 8.25 Mtl. Postbestellungen nehmen an Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden u. die Schweiz. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse.

Der „Wormwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk u. Welt“ erscheint wöchentlich zweimal. Sonntags einmal.

Telegramm-Adresse:

„Sozialdemokrat Berlin“.

Anzeigenpreis:

Die abgeprellte Kompartimentszeile kostet 1.50 Mtl. „Kleine Anzeigen“, das fertige Wort 60 Pfg. (zählend 2 fertige Wörter). Jedes weitere Wort 40 Pfg. Stellungsgebühr und Schlusszeilenanzeige das erste Wort 80 Pfg., jedes weitere Wort 30 Pfg. Worts über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Trennungspunkt 50%. Familien-Anzeigen, politische und gewerkschaftliche Besondere-Anzeigen 1.20 Mtl. die Zeile. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 8 Tage nachmittags im Hausgeschäfts-Bureau 64, Lindenstraße 2, abgegeben werden. Gestaltet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Donnerstag, den 14. August 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54.

Republikanische Kundgebungen.

Die von der gesamten Volkswachegarnison Wiens, der Polizei, Stadtschutzwache, den Berufsunteroffizieren sowie der Land- und Seehauswache veranstaltete Kundgebung für die Erhaltung der republikanischen Staatsform Österreichs nahm einen überaus imposanten, würdigen Verlauf. Kurz vor Beginn erschien der Präsident der Nationalversammlung Seid in Begleitung des Staatssekretärs für Heereswesen Deutsch. Während die vor dem Volkshaus postierten Fahnenträger die republikanischen Parteilosbanner schwenkten, gelebte von der Kampe des Parlaments der Othmanu des Soldatenrats unter immer wieder erneuter Zustimmung der Jubelstürme und beim Andenken der toten Kameraden vor dem ganzen arbeitenden Volke Österreichs:

„Wir dulden keine andere Staatsform als die Republik!“

Seiner Aufforderung entsprechend erhoben die Volkswachmänner ihre Gewehre zur Bekräftigung ihres Willens, die Republik zu schützen. Sodann gelebte ein Vertreter der Wiener Stadtschutzwache und der Wiener Polizeilaganten, Schulter an Schulter mit den Volkswachmännern zu stehen. Schallende Erklärungen gaben sodann die Vertreter der übrigen beteiligten Körperschaften ab. Präsident Seid führte aus:

„Diese von der gesamten bewaffneten Macht der Republik Österreich veranstaltete denkwürdige Kundgebung gelebte nicht einer Regierung, sondern ausschließlich dem Lande, seiner Regierung, der Österreichischen Republik. Der alte österreichisch-ungarische Kaiserstaat,“ sagte der Präsident, „war ein Zwangsstaat der Reaktion in ganz Europa. Durch Not und Tod, über Trümmerfelder haben die Völker den Weg zur Freiheit gefunden, allen voran die Deutschen in Oesterreich. Wir haben uns aus freier und eigener Entscheidung eine Verfassung gegeben,

die keine Herren und keine Anedite kennt und die eine Waffe sein soll, um für die Volksmassen auch die soziale Freiheit zu erringen. Diese Freiheit und diese Verfassung sind begründet nicht nur in dem allernächsten Denken, sondern auch in den Herzen der Massen dieses Staates, und wenn jemand versuchen sollte, diese Freiheit anzutasten, so soll er aus dieser feierlichen Kundgebung erkennen, daß wir entschlossen sind, jeden solchen Angriff niederschlagen mit unserem Wort, aber auch mit der Gewalt der Massen. Sie alle, die Sie mit Ihren Waffen getragen haben, Sie haben den Krieg kennen gelernt. Sie haben den Krieg. Sie wollen keinen Krieg. Aber mit derselben Entschlossenheit, mit der Sie gegen den Krieg ankämpfen, werden Sie, wenn es notwendig ist, auch dieses Land mit Waffengewalt verteidigen. Wir sind niedergedrückt von der Gewalt der Ereignisse. Millionen von unseren Brüdern im Norden und Süden hat man von uns getrennt.

Ein fluchwürdiger sogenannter Friede bedroht und mit wirtschaftlicher und finanzieller Verarmung. Aber trotz alledem werden wir kämpfen für unsere Freiheit und für ein kaiserliches dieser Österreichischen Republik. Wir sagen unseren ungarischen Brüdern: „Kämpfet für eure Freiheit!“ Wir werden für die unferne kämpfen mit allen Mitteln. Wir werden die Freiheit verteidigen mit dem letzten Gewehr und dem letzten Revolver, weil wir wissen, daß unser Glück verankert ist in der freien Österreichischen Republik.“

Die Worte des Präsidenten wurden wiederholt durch stürmische Zustimmung unterbrochen. Hieran begann der Vorbeimarsch der ausgedienten Formationen vor dem Parlament über die Ringstraße zum Schwarzenbergplatz, wo der Zug sich auflöste.

Weitergreifen des oberschlesischen Kohlenarbeiterstreiks.

Der Streik im oberschlesischen Kohlenrevier greift weiter um sich. Es sind neu hinzugegetreten: Oshenzöleren, Brzenka, Westwin, Ludwigsbühl, Krowe, Orsa, Oheim, Hannu. Die Kohlenarbeiter, die gestern arbeiteten, sind heute wieder in den Streik getreten. Der oberschlesische Kohlenarbeiterstreik umfaßt somit fast das gesamte Kohlenrevier mit Ausnahme des Kattschiner und Kattschiner Reviers. Man kann die Quote der Streikenden auf 85 bis 90 Prozent bemessen.

Die Arbeiterchaft der oberschlesischen Gruben und Hüften sowie der Zentrale der Oberschlesischen Elektrizitätswerke und die Kleinbahnstellen haben in einer Entscheidung folgende Forderungen aufgestellt:

Restloze und sofortige Einstellung der entlassenen Arbeiter.

Sofortige Inbetriebnahme der stillgelegten Betriebe. Grenzschutzleute, die aus eigenem Antrieb zum Grenzschutz gegangen sind, dürfen unter keinen Umständen wieder eingestellt werden.

Aufhebung des Belagerungszustandes.

Sofortige Öffnung der Grenzen, um der Lebensmittelnot zu steuern. Entlassung der politischen Gefangenen, Aufnahme des Delegiertenvorstandes der Obleute in die Gemeinschaft der Organisationen mit entscheidender Stimme, Bewilligung einer allgemeinen Zulage.

Diese Forderungen überreichen bei weitem das Maß der Zugeständnisse, die von seiten des Vertreters des Staatskommissars gemacht wurden. Da die Forderungen vom gleichen Tage datieren, an dem die Obleute der Streikenden erklärten, über den Vermittlungsvorschlag mit den Belegschaften zu verhandeln, so läßt sich noch nicht sagen, ob die Forderungen bereits die Ablehnung der Verständigung bedeuten. Immerhin dürfte die Ausbreitung des Streiks die Streikenden zum Festhalten an ihren unannehmbaren Forderungen ermutigen.

Streikbeendigung.

Der Streik der Bergarbeiter auf der Jakobgrube in Preußisch-Oschene ist durch Vergleich bereits wieder beendet worden. Die Arbeit ist in vollem Umfang wieder aufgenommen worden.

Nur vor Schluß des Blattes wird über die Lage im oberschlesischen Kohlenarbeiterstreik mitgeteilt, daß der Vermittlungsvorschlag des Staatskommissars abgelehnt worden ist. Da der Generalstreik zur Tatsache geworden ist, stehen nunmehr die Dinge hart gegen hart.

Verhandlungen im Bankgewerbe.

Die Hamburger Zentralleitung der Bankbeamten teilt mit, daß die heutigen Verhandlungen kein Ergebnis gehabt haben. Die Arbeitgeber hielten ihr Angebot vom Sonnabend (vor Streikausbruch) aufrecht, und zwar mit der Anforderung sofortiger Annahme oder Ablehnung. Die Bankbeamtenvertreter lehnten eine solche Verhandlungsgrundlage ab und traten mit einem neuen Vorschlag hervor, in dem

neben den wirtschaftlichen Forderungen u. a. auch verlangt wurde, daß eine Maßregelung infolge des Streiks nicht erfolgen dürfe und daß umgehend in Tarifverhandlungen eingetreten sei. Die Arbeitgeber erklärten, daß sie zu diesem Vorschlag bis morgen mittag Stellung nehmen würden. Regierungskommissar Dr. Busche wurde vor seiner Rückkehr nach Berlin von den Arbeitnehmervertretern gebeten, sofort im Reichsarbeitsministerium wegen Einberufung einer gemeinsamen Sitzung für den 15. August nach Berlin unter Hinzuziehung von Vertretern aller beteiligten Kreise Schritte zu unternehmen.

Ein Berliner Korrespondenz meldet dazu, daß als Erfolg der Beratungen in Hamburg morgen

Verhandlungen vor dem Reichsarbeitsministerium

stattfinden. An den Beratungen nehmen teil: Je drei Vertreter des Hamburger und Berliner Bankbeamten, je ein Vertreter der Hamburger und Berliner Zentral-Bankstellen-Ausschüsse, je ein Vertreter des Allgemeinen Verbandes der deutschen Bankbeamten und des Deutschen Bankbeamten-Vereins. Man hofft, daß die Berliner Verhandlungen ein günstiges Ergebnis zeitigen werden, und daß sich ein Weitergreifen der Bewegung nach Dresden, Leipzig und Rassel vermeiden läßt.

Ablieferung unserer Fischereifahrzeuge.

In Versailles fand zwischen den deutschen Regierungsvertretern und Fischereifachverständigen und den Ententevertretern eine Besprechung über die Ablieferung der Fischereifahrzeuge statt. Deutscherseits wurde das Angebot gemacht, ein Viertel der nach dem Friedensverträge abzuliefernden Fahrzeuge innerhalb der vorgeschriebenen 60 Tage nach dem Inkrafttreten des Vertrages zu übergeben und drei Viertel der abzuliefernden Fahrzeuge nach den Wünschen der Entente auf deutschen Werften neu zu bauen. Dieser Vorschlag hat für Deutschland den Vorteil, daß unsere Fischerei keine Unterbrechung zu erleiden braucht und bietet der Entente den Vorteil, anstatt älterer, für sie unbrauchbarer Fahrzeuge moderne, nach eigenen Angaben gebaute zu erhalten. Der Vertreter Frankreichs fragte, ob Deutschland damit einverstanden wäre, daß die neu zu bauenden Schiffe insgesamt als Dampfer gebaut werden könnten. Der deutsche Vorsitzende sagte dies zu. Die Vertreter der Ententeorganisationen erbat schriftliche Uebergabe der deutschen Vorschläge.

Neue Zusammenstöße in Paris.

(Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Aus Bern meldet unser Korrespondent: In Paris wurden von der Gewerkschaft der Erbarbeiter organisierte Kundgebungen, die die allgemeine Annahme verlangten, vom Polizeipräsidenten verboten. Es kam zu Zusammenstößen; mehrere Personen wurden verhaftet, einige verwundet.

Verschiebung der Unterzeichnung Oesterreichs.

Aus Paris wird gemeldet: Die Antwort auf die Mitteilung der österreichischen Delegation ist noch nicht fertiggestellt, so daß voraussichtlich die Unterzeichnung des Friedensabkommens, die am 16. August erwartet wurde, aufgeschoben werden muß.

Desorganisation der Weltwirtschaft.

Durch den Krieg war Mitteleuropa von dem Weltmarkt abgeschlossen. Die kriegsführenden Staaten mußten sich mit Rücksicht auf die Erreichung ihrer militärischen Kriegsziele wirtschaftliche Beschränkungen auferlegen. Während sich nun in den Ländern, die am Krieg unmittelbar am meisten beteiligt waren, ein außerordentlicher Warenhunger entwickelte, stockte in den Ueberjährländern der Absatz von Nahrungsmitteln und Rohstoffen. Der Krieg ist seit neun Monaten zu Ende. Die Schiffsahrt steht noch immer im Zeichen der Liquidation des Weltkrieges, hat den Rücktransport der Truppen nach Amerika zu bewältigen und ist infolge der Verluste durch die Torpedierungen erheblich geschwächt. Diese Lücke trägt mit dazu bei, daß von einer Wiederaufnahme regulärer internationaler Handelsbeziehungen erst in ganz bescheidenem Umfang die Rede sein kann. Die Weltwirtschaft hat sich aus dem Zustande völliger Desorganisation, die der Weltkrieg mit sich brachte, noch nicht erholt.

Es ist nun außerordentlich interessant zu beobachten, welche Folgen die Uebergangskrise in den einzelnen Ländern ansieht. Durch die Presse sind in der letzten Zeit zahlreiche Meldungen gegangen, die darauf schließen lassen, daß auch in den Ententeländern kritische Zustände herrschen. Es ist bezeichnend, daß die Vereinigten Staaten, die als wichtigster Lieferant für Lebensmittel und Industrierohstoffe auf dem Weltmarkt gelten, sich genötigt sehen, die Kontrollmaßnahmen für die Lebensmittelversorgung vom Kriege her aufrecht zu erhalten und scharfe Maßnahmen gegen die Preissteigerungen zu treffen. Aus Frankreich, Italien und England werden fortgesetzt Klagen über die Lebensmittelteuerung laut und selbst die Länder der Kriegsgewinne, wie Dänemark und die Schweiz, arbeiten an einer Absenkung der hohen Lebensmittelpreise. Während in Deutschland freihändlerisch geführte Kreise für die Aufhebung aller Handelsbeschränkungen nicht ohne Erfolg Stimmung machen, wehren sich in vielen von der Teuerung betroffenen Staaten die Einwohner gegen die Aufhebung der Kontrolle. So behält England die Lebensmittelrationierung bei und in Dänemark ist es die Arbeiterschaft, welche gegen eine Aufhebung der Preisregulierungsgesetze protestiert.

Die Lebensmittelnot ist also nicht auf Deutschland beschränkt. Schwierigkeiten in der Lebensmittelversorgung zeigen sich fast in allen Staaten, die mittelbar oder unmittelbar vom Kriege betroffen wurden. Selbst in Neuseeland und in Japan klagt man über Lebensmittelmangel oder Lebensmittelteuerung. Wenn nun die meisten Staaten im Bewußtsein der Verantwortung gegenüber ihren Bürgern der Schwierigkeiten dadurch Herr zu werden suchen, daß sie eine planmäßige Versorgung und einen Abbau der Preise anstreben, so muß es geradezu grotesk erscheinen, wenn Händler und Interessierte in Deutschland bauend den „Segen des freien Handels“ predigen.

Verheerend sind aber auch die Wirkungen des Krieges auf die gesamte Warenproduktion. Der Kohlenmangel ist international. Amerika kommt als Lieferant für Europa nicht mehr in Frage. Die europäischen Staaten müssen, nach einer Erklärung des amerikanischen Lebensmitteldiktators Hoover mit einer Minderproduktion von 20 Mill. Tonnen monatlich rechnen. Durch Frankreich, Italien, England, Amerika, die Schweiz, neuerdings auch durch Belgien fluten Streikwellen, deren vernichtende Wirkungen auf die Gesamtproduktion wir in Deutschland hinlänglich erfahren haben. Unter dem Einfluß der letzten Streiks ist die englische Kohlenproduktion in den letzten Wochen auf 50 Proz. des vorjährigen Standes gesunken. Betriebsbeschränkungen und -einstellungen bedrohen ganz Europa. In Deutschland selbst liegt die oberschlesische Kohlenproduktion zurzeit zu vier Fünftel still. Wenn diese Nachwirkungen des Krieges in sämtlichen Staaten noch lange anhalten, muß notwendiger Arbeitslosigkeit, Hunger und Mitle auf den Proletarierfamilien lasten, wodurch weitere Steuermassnahmen des Arbeitsprozesses hervorgerufen werden. Denn Not und Elend werden keine Arbeitsfreunde, stärken vielmehr den Anzettel, mit dem die radikalisierten Arbeitermassen in dem Wahne, den Kapitalismus zu treffen, zu neuen Streifen dutzen.

Die Maßnahmen, die in einzelnen Staaten gegen die Folgen des Kohlenmangels getroffen werden, können natürlich nicht die tiefsten Ursachen der Krise beseitigen. Wenn man in Deutschland dem Mangel an Brennstoff durch Holzholungen größeren Umfangs zu begegnen versucht, wenn man auch sonst durch stärkere Erschließung der Braunkohlen- und Torflager der allgemeinen Brennstoffnot entgegentritt, so ist das an und für sich sehr erfreulich. Die internationale Krise ist aber damit noch längst nicht aus der

Wettbewerbs. Mehr und mehr erwacht es sich, daß die Verleugung von Kohlen, die uns die Entente auferlegt hat, weniger eine Forderung der Willkür, als eine Forderung der Not gewesen ist, daß es darum doppelte Pflicht ist, sie im Rahmen des Möglichen zu erfüllen.

In den von der Weltproduktionskrise betroffenen Staaten erweist es sich mehr und mehr, daß — wie bei uns — politische Forderungen die Streitgründe sind. Die Arbeiterkraft ist in den Schlingengräben zum Denken erwacht. Der Kampf richtet sich gegen die kapitalistische Bevormundung und Ausbeutung. Der Eisenbahnerstreik in Amerika hatte zum Ziel die Verstaatlichung der Eisenbahnen. Darüber hinaus wollten amerikanische Arbeiter bereits wissen, daß die Verstaatlichung der Bergwerke, der Banken und der Schiffahrt zu den Kampfzielen der streikenden amerikanischen Arbeiter gehören. In England geht der Kampf um die Verstaatlichung der Bergwerke. Bemerkenswert ist in allen diesen Fällen, daß die sozialistischen Arbeiter die Verstaatlichung als die erste Form der Sozialisierung ansehen, eine Theorie, die in Deutschland bereits als überholt gilt. Schon an dieser Denkweise kann man erkennen, um wieviel der Sozialismus in Deutschland durch die Revolution seiner Durchführung näher gekommen ist.

Schon mochten sich Anzeichen bemerkbar, daß die Staaten in gemeinsamer Arbeit die schwere Produktionskrise überwinden wollen, die der Menschheit droht. Die fürchterlichen Folgen einer allgemeinen Wirtschaftskatastrophe, wie sie erwartet werden muß, waren der Entente Grund genug, zur Abhilfe der internationalen Kohlennot einen interalliierten Kohlenrat zu gründen. Dieser hat die Aufgabe, Maßnahmen zur Förderung der Steinkohlenproduktion zu treffen, nötigenfalls durch Organisation einer großen Auswandererbewegung. Die Gefahren, die sich für die deutsche Arbeiterkraft daraus ergeben, machen es in erhöhtem Maße notwendig, alles aufzubieten, um die Steinkohlenförderung über den eigenen Bedarf hinaus zu steigern. Eine aus Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer und Vertretern der Reichsregierung zusammengesetzte Kommission berät zurzeit die Vorschläge, die ihnen aus Interessentenkreisen zugegangen sind. In diese Beratungen fließt der oberste Streik hinein. Es ist jetzt nicht unsere Aufgabe, dazu Stellung zu nehmen, ob er begründet ist oder nicht. Die Arbeit an der Wiederherstellung der deutschen Volkswirtschaft aber wirkt er in jedem Falle ein erhebliches Stück zurück. Gelingt nicht bald eine Einigung, so liefert der Rückgang der Produktion der Entente weiteres Material, um eigenmächtig in unser Wirtschaftsleben eingreifen zu können. Das muß unter allen Umständen vermieden werden.

In diesem Zusammenhange ist die Feststellung bemerkenswert, daß man in Frankreich ernsthaft daran denkt, auch andere Gebiete der Wirtschaft zu internationalisieren. Der „Temp“ behandelt kürzlich in zwei Leitartikeln die mit der Kohlen- und Verkehrsfrage zusammenhängenden Fragen und kam dabei zu dem Ergebnis, daß alle beteiligten Staaten eine Gesellschaft zur Übernahme der Kohlenproduktion und des Eisenbahnverkehrs gründen sollten. Diese Gesellschaft hätte also auch die Reorganisation des gesamten kontinentalen Eisenbahnverkehrs zu besorgen. Daß diese Anregung aus Frankreich kommt, wo noch heute die Eisenbahnen in Privat Händen sind, und zudem von bürgerlicher Seite, ist ganz besonders beachtenswert. Man sieht, daß das Spiel der freien Kräfte sich im französischen Eisenbahnwesen bereits unangenehm bemerkbar macht. Man fordert also in konsequenter Berücksichtigung der internationalen Krise für den Eisenbahnverkehr den Übergang von der Privatwirtschaft in die international organisierte Volkswirtschaft. Für den Sozialisten ist dieses Problem insofern noch nicht sprudrig, als vorläufig absolut keine Gewähr dafür gegeben ist, daß die internationale Betriebsgemeinschaft nicht zu fiskalischen Zwecken

ausgebeutet wird. Gleichwohl bleibt es eine hochbedauerliche Tatsache, daß die internationale Wirtschaftskrise mit gebieterischer Notwendigkeit Maßnahmen erfordert, die in ihrer Wirkung weit über den Rahmen eines einzelnen Staates hinausgehen und eine Verständigung der Völker zur Abhilfe ihrer eigenen Not voraussetzen.

Es erweist sich also, daß der Krieg, der größte Renovation aller Zeiten, die Behandlung der Weltwirtschaftskrisen völlig ungeeignet hat. Aus den Trümmern der zerstörten Länder, aus den Wankstufen der von Hunger und Elend gemürbten Völker entstehen bereits die ersten Anfänge zu einem neuen internationalen Wirtschaftssystem, das wenigstens insofern sozialer Charakter trägt, als es die Arbeit jedes Einzelnen einstellt auf das Interesse der notleidenden Gesamtheit. Die heutige Desorganisation der Weltwirtschaft muß überwunden werden. Hierzu ist aber erforderlich, daß jeder Staat bei sich selbst anfährt, daß also die nationale Wirtschaft wieder in Gang kommt. Tägliche Mitarbeit jedes Einzelnen an seinem Plage allein kann dazu verhelfen und darüber hinaus, daß dann auch die neue internationale Wirtschaft, die im Entstehen begriffen ist, das sozialistische Wahrzeichen trägt.

Stügt sich Rumänien?

„Holländisch Neustadtbureau“ meldet aus Paris: Der Oberste alliierte Rat hat die entscheidende Beratung über Ungarn abbrechen müssen, da die rumänische Antwort auf die verschiedenen Rollen noch nicht bei der Entente eingeht. Man erwartet, daß die beiden rumänischen Delegierten in Paris am Mittwochabend die Antwort auf sämtliche Entente-Rollen überreichen werden. Laut Nachrichten aus Bukarest hat die Rote der Entente vom 8. August dort große Aufregung verursacht. Die rumänische Regierung ist der Ansicht, daß sie nicht über ihre Befugnisse hinausgehen kann, indem sie selbständig eine Expedition gegen Ungarn unternimmt und dort Material, Nahrungsmittel und Vieh beschlagnahmt. Sie ist aber bereit, im allgemeinen den Wünschen der Entente entgegenzukommen, weil sie glaubt, daß nur Einseitigkeit ihr nachteiligen Vorteil bringen kann.

Rumänien scheint also demnach zu der Einsicht gekommen zu sein, daß es den Vogen nicht überbieten dürfte. Währenddessen häufen sich die Proteste gegen die drohende Habsburgerherrschaft in Ungarn. Die Pariser „Temp“ schreibt darüber:

Auch die Tschechoslowaken und Südslaven zeigen sich über die Wiedereinführung der Habsburger in Budapest beunruhigt. „Temp“ sieht auch voraus, daß Serben, Kroaten und Slowenen ebenfalls protestieren werden. Die Rumänen teilen diesen Standpunkt. Ihr Vertreter Diamandi sei bereits in Budapest angekommen und habe Fühlung mit den alliierten Militärmissionen genommen. Angewiesen hat der rumänische Gesandte in Paris Antonescu einem Vertreter des „Temp“ gegenüber eine beruhigende Erklärung abgegeben. Erzherzog Joseph sei nicht von der rumänischen Regierung unterstützt worden. Sie habe keinerlei Veranlassung, besondere Sympathien weder für den Erzherzog noch für das reaktionäre System, das er vertritt, zu bezeugen. Der Gesandte verteidigte die vorgenommenen Requisitionen, jedoch wollten die Vertreter Rumänien in Budapest sich über diese Frage mit den Delegierten der Entente einig sein. Jetzt müßten die alliierten und assoziierten Regierungen in der Zusammenarbeit mit Rumänien die Möglichkeit finden, eine Regierung einzusetzen, die in der Lage sei, einen unabhängigen Frieden zu schließen.

Schließlich nimmt „Temp“ nochmals Stellung gegen Erzherzog Joseph und sagt, wenn der Erzherzog Herr der Lage bleibe, stelle man in Budapest und vielleicht auch anderwärts das Regime wieder her, das den europäischen Krieg heraufbeschworen habe. Diese Wiederherstellung ziehe andere nach sich und so könnte vielleicht eines Tages Mitteleuropa wieder ein Stück aus dem Grabe emporsteigen und an der Spitze dieses Mitteleuropas würde natürlich Berlin stehen.

Gegenüber diesem andauernden Abrücken sowohl der Franzosen wie der Rumänen von Erzherzog Joseph nehmen sich folgende Pariser Meldungen seitlich aus:

Paris, 13. August. „Humanité“ betont, daß kein einziges bürgerliches Blatt in Frankreich die Habsburg-Regierung verurteilt hat, der zufolge der Staatsrat des Erzherzogs Joseph in völliger Übereinkunft mit der Entente mission in Budapest festgenommen hat.

Das in der Nacht, die Regierung über ihre Stellungnahme bezüglich Ungarn und des Regierungsantritts des Erzherzogs Joseph zu interpellieren.

Es scheint also doch Franzosen zu geben, die über die Beteiligung der Alliierten an dem reaktionären Vorschlag in Budapest anderer Meinung als die offiziellen Mäler sind.

In Westungarn scheinen die Kämpfe zwischen den Kommunisten und den Anhängern des Erzherzogs noch nicht abgeschlossen zu sein, wie folgende mit Vorsicht aufzunehmende Wiener Nachricht besagt:

Wien, 13. August. Aus Westungarn eingetroffene Nachrichten besagen, daß sich die Bauernschaft um den Obersten Erben Debar, einem Bruder des Kommandanten, mit Begeisterung schart, der das Kommando in Westungarn übernommen hat und mit einer kleinen, gut disziplinierten Gendarmerie (Schaff, Bogome der Kommunisten verbietet und allenthalben als Erklärer gepriesen wird. Graf Anton Sigan, einer der Führer der Wiener Gegenrevolutionären Gruppe, wurde zu seinem Adjutanten bestellt.

Alldeutsche Gefangenenverwertung.

Die „Deutsche Tageszeitung“ behauptet in ihrer Abendausgabe vom 18. August, der Reichsminister Müller habe in seiner Rede vom 12. August auf die „englische Behauptung“ nicht geantwortet, wonach die deutsche Regierung trotz wiederholter Aufforderung keine Delegation zur Vorbereitung der Rückbefreiung der deutschen Kriegsgefangenen entsandt habe.

Dazu wird uns von zuständiger Seite mitgeteilt: Der Herr Reichsminister Müller hat in seiner Rede ausdrücklich erklärt, die deutsche Regierung könne vorerst nicht glauben, daß sich derartige offenkundige Entstellungen der Tatsachen in offiziellen Vorfällen einer englischen Lagerbehörde befinden. Sie habe daher untergütlich Schritte unternommen, um den Sachverhalt zu klären und Abhilfe zu schaffen. Es ist unverständlich, wie gegenüber einem deutschen Dementi des Herrn Reichsministers die „Deutsche Tageszeitung“ behaupten kann, er habe auf die englische Behauptung nicht geantwortet. Die Enttäuschung der Zeitung über den Vorwurf des Herrn Reichsministers, daß die Angelegenheit aus parteipolitischen Gründen agitatorisch ausgenutzt werde, entbehrt angesichts dieser merkwürdigen unüberprüflichen Auffassung seiner haren Ausführungen nicht eines eigenartigen Beigeschmacks. Um einem erneuten Versuch zur Befriedigung gewisser Agitationsbedürfnisse den Boden zu entziehen, sei hier nochmals betont, daß selbstverständlich diese angebliche englische Behauptung eine glatte Erfindung ist.

Das auswärtige Amt hat unterdessen die Schweizer Regierung als die Vertreterin deutscher Interessen in England gebeten, bei der englischen Regierung sehr zu betonen, ob solche Erklärungen seitens englischer Lagerbehörden tatsächlich abgegeben worden seien, und gegebenenfalls im Namen der deutschen Regierung energische Verwahrung gegen eine derartige Unterstellung einzulegen.

Feinde der Kriegsgefangenen.

Vor uns liegen zwei Briefe aus englischen Gefangenenlagern, die jeder für sich ein interessantes Dokument sind, zeigen sie doch, wer die wahren Feinde unserer Gefangenen sind. Außerdem einen Brief geht deutlich hervor, daß den Gefangenen aus der Heimat sorgfältig irreführende Berichte gesandt werden, so daß diese durch die einseitige Unterrichtung mit der Zeit an die Unwissenheit der deutschen Regierung glauben müssen.

Noch bemerkenswerter ist der zweite Brief, aus dem die für unsere Gefangenen geradezu vernichtende Wirkung der alldeutschen Regierungshetze hervorgeht. Es zeigt sich nämlich, daß die englische Regierung die Verleumdungen der alldeutschen Mäler mit Freuden aufgenommen hat und sie den Gefangenen weitergibt, wie sich aus folgender amtlichen Antwort auf die Anfrage eines deutschen Gefangenen nach dem Zeitpunkt der Heimkehr herausstellt. Die Antwort heißt im Wortlaut:

Französische und englische Abgeordnete der Kommission für Heimführung der Kriegsgefangenen sind bereits in Paris eingetroffen; aber von Deutschland sind noch keine Vertreter zur baldigen Regelung dieser dringenden Angelegenheit abgeordnet

Unter der Wolke.

Von Vala Módsz.

Ungleichberechtigt! Uebertragung aus dem Ungarischen von Stefan B. Klein.

Rote Schatten zerissen die Pede der Nacht und umfallerten die Leute. Aus ihren finsternen Gesichter schien das Mondlicht und der Sterne Glanz war matter als das Schimmern ihrer Augen. Lange saßen sie so in der tiefen, geräuschlosen Stille, verstimmt.

War waren sie festlicher Sehnacht nach Schlaf. Die Bauern zuckten ihre Weise, die Weber und Kinder lagen müßig auf der Erde, besaunten der Himmelsgewölbe Sternenspiel.

Sie warteten auf etwas...

Dies machte die gewaltlose Stille berechtigt, dies bevölkerte das Raubdunkel mit blutstehenden Schatten. Verdrehte Gedanken schlugen die Wachen in Fesseln.

Zwischen den Banern, neben ihnen, vor ihren Stiefeln lagen eiserne Hengabeln. Während des Tages waren sie mit ihnen in der Gemurung um die Fackelung bemüht gewesen, für die Nachtzeit jedoch hatten sie sie mit sich hergebracht. Auf den gleitenden Spitzen ruhte der Mondschein. Die beiden Gesindel trafen einander, sprangen den Bauern in die Augen und begauckerten ihren Blick.

Ihr Blut, ihr Wesen war bereits verpestet, und auch ihre heimlich wuchernden Gedanken waren unbezähmt, ungesund. Sie sprachen nicht, die Leidenschaft hielt ihre Seele amarrat, erdrosselten ihre Worte.

Kinderrufe zerstückten die Sommernachtluft.

Mutter, Mutter, die Sterne liegen...

Das blaue Himmelsgewölbe warf an mehreren Stellen, in den bogenförmigen Öffnungen funkelte Silberglanz.

Die Wachen schauerten zusammen.

Jemand ist gestorben...

Von ihren stummen Lippen schwirren die Worte auf, brachen die Stille. Aus schweren Gedirnen flogen gestockte Gedanken empor.

Warten wir die Gefahr nicht ab...

Sie können sich hinter den Sonn schleichen, die Nacht schlägt sie...

Gezerrt ist ihr Gebet, damit loden sie die Kinder aus dem Schlaf.

Wie es im Nachbardsort geschehen ist...

Seit Anbruch der Abenddämmerung lauern sie...

Sie verstummten, und in der Stille erklang eine Kinderstimme:

Töten wir die Juden...

Die Wachen schauerten. Stehen gegen die Hengabeln. Aus der zusammengelauerten Menge blühte ihnen das

Wesicht eines halbwegsigen Knaben entgegen, sein Körper lutterte. Seine kleine Seele hatten die Erregungen des Danks umgeworfen. Er war das Opfer der blutauswallenden Tage. Der Hige ausgeladete Körner waren in des Kindes Seele am spigsten ausgegangen und hatten seine lebende Seele mit Giftblumen überwahrt.

Seine Bestimmung war von dem andofaunten Blutanloger-Wänden vertümmert, seine Gedanken hatten die Spielplätze und die sandhügeligen Gefilde verlassen — wo er Burgan gebaut — aus den Blumen der Wiesen Reiten geschmiedet — und er hatte sich auf jene dunkeln Bläde vertritt, wo langbärtige Juden lauern, mit schargreppigen Messern, wo Christenlinder Weiden; Juden ihnen das Blut abjarsen...

Schatten hatten des Kindes Geist umnachtet, und seine kleine Hand hob sich nicht mehr zum Streicheln, sondern baute sich zur Faust, um zu schlagen.

Der Knabe legte sich auf die Erde. Er lag im tauigen Gras und betrachtete von dort aus die Wachen. Die schauten mit gesenkten Köpfen vor sich. Langsam, behutsam schlich der Knabe über die Wiese. Jähling sprang er dann in die Höhe und gelangte so hinter die Häuser. Er begann zu laufen, blieb aber am Dorfsende stehen.

Er verschauerte ein wenig und schritt mit mildem Trossen die Landstraße dahin.

Vorgentliches Wehen fächelte sein heißes Gesicht. Duft der Wiesen strömte ihm entgegen.

Traurig blinzelten die Sterne des Himmels. Das Raubdunkel wurde bereits vom dämmernden Licht bekämpft.

Büßig schleppte sich der Knabe vorwärts. Er rief von den auf die Landstraße geneigten Klazienbäumen Wästen und schlug sie gegen seine brennenden Augen. Und ließ seinen Blick nach allen Richtungen schweifen.

Er wollte rufen und lebte sich gegen den Stamm eines Klazienbaums. Allmählich schlummerte er ein. Das Wehen des Windes ließ auf sein gedürrtes Gesicht Klazienblüten regnen.

Weinen und Schreien weckten ihn auf. Ein Kind stand vor ihm, ohne Hut, ohne Rod, unter dem bloßen Hemd strotzte der schwächliche Körper, vor Kälte, vor Angst.

Händchen, Händchen, sie löten meinen Vater... und mit verzagendem Weinen klammerte sich das Kind an ihn. Händchen rief sich die Augen und schaute auf die Landstraße. Kinder, Juden konnten verlinkt zwischen den Klazienbäumen dahin, hinter ihnen funkelten im Sonnenchein eiserne Hengabeln.

Ein Juden verjerrte Händchen Gesicht und er brach in Weinen aus. Dann erlosch er die Hand seines kleinen Kameraden, des Judenlindes Hand, umschloß die Landstraße hinaus:

Ich lebe, du hier... und sie lüsten der nahenden, zermenden Menschenflut entgegen.

Das Schicksal der deutschen Büchereien in Polen.

Bibliothekar Dr. Pletz-Charlottenburg hat in einer Eingabe an den Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung angeregt, die Ueberführung bedeutender Schätze der deutschen Posener Bibliothek, die jetzt infolge der Umwandlung der Bücherei in eine polnische Universitätsbibliothek unbenutzt stehen, zu erwirken. Den Polen sind diese Bestände, d. h. alle Werke nicht streng wissenschaftlicher Literatur sowie die reichhaltigen schöngeistigen deutschen Abteilungen mit ein Verlust für eine polnische Universitätsbibliothek. Der Umstand, daß diese Bestände völlig unberührt geblieben, läßt den Schluss berechtigt erscheinen, daß die Polen einer Ueberführung dieser Bestände keinen Widerstand entgegenzusetzen werden, wenn man dieser Frage in den Verhandlungen Raum gibt. Von besonderer Bedeutung ist dabei der Umstand, daß diese Bibliothek der ganzen Provinz Polen gehörte, daß also auch die restlichen preussischen Teile einen Anspruch darauf haben, daß fernher der preussische Staat nicht als die Hälfte zu den Unterhaltungskosten beisteuere und die deutschen Verleger drei Viertel des Restpostens geschenkt haben. Auch die Tausende von Dubletten wissenschaftlicher Werke können für die Ueberführung in Frage. Gelingt es, diese großen freiverwendbaren Bestände für reichsdeutsche Volkshochschulinteressen freizumachen und (vielleicht in Schmeidemühl, der geplanten Regierungshaupt des Reiches Westpreußen-Polen) eine große deutsche Bildungsbücherei für den kulturellen Osten zu gründen, so wäre das ein großer Erfolg für die Arbeitsmöglichkeiten der Wissenschaft.

Auch der Bromberger Stadtbibliothek sollte man seine Aufmerksamkeit schenken. Masches Handeln ist freilich nötig. Die Vorkiperte verhindert lieber die harte Einsicht in den augenblicklichen Stand der Sache. Noch aber ist es Zeit!

Notizen.

— Kunstchronik. Die Vogemann Friedrich des Großen mit Kaiser Josef II in Neisse im Jahre 1760, das umfangreiche Gemälde von Adolf Menzel, ist bei Paul Cassirer ausgestellt. Daneben sind bedeutende Werke von Reissow, Biermann, Meißner, Müller, Steinhilber, Trübner usw. zu sehen.

— Der Flug durch den Triumphbogen. Ein atemberaubendes Schauspiel bot sich an einem der letzten Morden in Paris den Verlonen, die in so früher Stunde den Platz am Triumphbogen überquerten. Auf einem schmalen Klumpen über dem Triumphbogen lag ein Mann herein und nahm seinen Weg durch den Triumphbogen. Wenn der große Pöbel auch die heilige Verite von 14 Meter hat, so hätte das Klumpen mit seinen 8 Metern Spannweite diese doch nahezu aus, und diese schmale Warte bei einer Fahrt von 150 Kilometern Geschwindigkeit ohne Anhalt zu passieren, war ein Wagnis von unerhörter Kühnheit. Der verwegene Flieger war Charles Gobreton. Die Zeitungen äußern ihre Bedenken, ob derartige Fliegerkunststücke in einer von Verlonen belebten Gegend angebracht wären.

worben. Da Deutschland die Transportfragen mit den Abgeordneten zu Wien hat, kann über den Zeitpunkt keine Auskunft gegeben werden. Voraussichtlich: England, um die Kosten zu verringern, nur Baumwolle und Wolle in ihre Heimat. Sollte Deutschland bis zum 15. September nicht in die Welt getreten sein, so wird England auf eigene Verantwortung an diesem Tage mit der Heimführung ihrer Gefangenen beginnen, so daß Ende September sämtliche Gefangenen zu Hause sein werden. Hier folgt man die verhängnisvolle Wirkung der Verleumdungen der nationaldemokratischen Kreise, welche Verleumdungen, wie die der englischen Regierung, deren Verlogenheit natürlich von den Gefangenen nicht durchschaut werden kann, hervorgerufen muß. Regt auf der Hand. Der sozialdemokratische Internationale des Westens und des Ostens setzen die Verleumdung der Internationalen der Füge und der Verleumdung entgegen und lösen mit dem Schmerz der Angehörigen unserer Volksgenossen ihr trübes Parteitüppchen.

Die Valutafrage in Nord Schleswig.

(Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.)
Kopenhagen, 14. August. „Politik“ veröffentlichen ein Interview eines Mitarbeiters der Zeitung „Heimdal“ mit dem Minister S. P. Hansen, worin dieser u. a. folgendes über die Regelung der Valutafrage beim Anschluß Nord Schleswigs an Dänemark sagt:

Alle Kreise Dänemarks sind sich mit der Regierung darin einig, daß eine bedeutende Staatshilfe nötig ist, um den unglücklichen Folgen des Valutarückganges der Mark in Nord Schleswig zu begegnen. Zunächst soll zu diesem Zweck eine von den Nord Schleswigen selbst geleitete Institution geschaffen werden, die nach gewissen allgemeinen Regeln und nach genauer Prüfung der einschneidenden Verhältnisse einen direkten Einatzversuch bewirkt, um den durch die Verringerung der deutschen Markzahlung besonders fühlbaren Verlust auszugleichen. Hierdurch können z. B. einen beträchtlichen Zuschuß Rentenempfänger, Auszubildende, kleine Rentner erhalten, ferner soll Unterstützung, Darlehen zu günstigen Bedingungen an Kriegsteilnehmer u. a. gewährt werden. Es versteht sich jedoch von selbst, daß die Opfer, die der Staat bringt, ausschließlich denen zufallen sollen, die wirklich empfindliche Verluste erlitten haben, wogegen beispielsweise Gesellschaften und Personen, deren Verlust an Warenlagern durch Kursgewinne in erster Linie ausgeglichen ist oder die direkten Vorteil durch den Valutarückgang hatten, keine Unterstützung seitens des Staates erhalten sollen.

Tschechische Spionage.

Ettfame Geplogenheiten der tschechoslowakischen Regierung enthält die Berliner Kriminalpolizei. Sie verhaftete bei einem Einbruch in das deutsch-tschechische Konsulat den tschechischen Ermittler Varlos mit einem Komplizen. Schon lange beobachtete die Polizei, daß Tschecho-Slowaken Deutschland und Oesterreich mit einem regelrechten Spionagedienst zu überziehen suchte. Der Wien, in das österreichische Konsulat einzubrechen, wurde in der offiziellen Mitteilung der tschechoslowakischen Republik gesagt, der Konsulatwächter nahm persönlich an der Verhandlung, in der der Einbruch beschloffen wurde, teil. Die erbeutete Beute sollte von einem Sonderkurier nach Prag geschickt werden. Der Deutsche verlangen schärfstes Vorgehen unserer Regierung gegen solche Vorkommnisse. Wenn die Tschechoslowaken von ihren Partnern Befürchtungen solche Art der Diplomatie gelernt haben, mögen sie damit unter sich bleiben, in Deutschland verbiten wir uns solche Unbeistandlichkeiten.

Noch ein „Volkskommissar“ verhaftet.

Das tschechoslowakische Verhörungsbüro meldet: Der weltweite ungarische Volkskommissar Kusch, der nach Bestechung der Grenzwachpost bei Preßburg mit solchem Wah die Grenze überschritt und bei Bekanntheit in Prag unter solchem Namen Wohnung nahm, wurde verhaftet. Das Strafverfahren ist gegen ihn wegen Gebrauches eines falschen Namens und wegen Verletzung einer Amtsperson eingeleitet worden. Alle gewissen Teilnehmer der tschechoslowakischen Regierung werden erwartet, sich auf das Gebiet der tschechoslowakischen Republik zu begeben, weil sie sofort verhaftet werden, da ihnen aus politischen Gründen kein Aufenthalt gewährt wird.

Ein Jertum.

Aus einer Wiener Zeitung hatten wir die Nachricht in unsere heutige Morgenausgabe übernommen, daß der Budapestischer Kommunistenführer Dr. Betteheim sich in Berlin aufhalte. Diese Nachricht ist nicht richtig; im Westen lag dazu selbst W.B. Der ungarische Kommunist Dr. Betteheim wurde heute in einem Wiener Sanatorium, wo er unter solchem Namen mit Verurteilung solcher Zusammenkünfte Unterzucht gefunden hatte, von Polizeiorganen festgenommen. Zugleich erfolgte dort auch die Festnahme der Russin Anna Agelrod, Gattin des russischen Kommunisten Agelrod, der in München zur Zeit der tschechoslowakischen Revolution war. Anna Agelrod hatte sich in letzter Zeit gleichfalls unter solchem Namen in der Umgebung Wiens aufgehalten. Sie verfuhr bei der Festnahme die tschechoslowakische durch Vorweisung eines auf solchem Namen lautenden Reisepasses irreführen, gab jedoch schließlich beim Ansehen ihres wahren Namens an. Bei Betteheim wurden mehr als 150 000 Kronen festgestellt.

Betrug.

Die „Freiheit“ ist enttäuscht. Sie erhebt schärfsten Protest. Wogegen? Gegen die Folgerungen, die der Reichspräsident aus dem Inkrafttreten der Verfassung gezogen hat. Danach wird der Reichspräsident die Nationalversammlung als Reichstag und der Reichspräsident die Nationalversammlung als Reichstag und der Reichspräsident die Nationalversammlung als Reichstag. Der Reichspräsident handelt, wie er handeln muß. Die „Freiheit“ wirft der Regierung deshalb „Betrug“ vor. Sie unterstellt zu diesem Zweck, daß die Nationalversammlung als Reichstag die vierjährige Legislaturperiode durchhalten solle. Die Unabhängigen aber wollen sofortige Neuwahlen. Merkwürdig, im Winter kamen ihnen die Wahlen viel zu früh. Jetzt können sie ihnen nicht schnell genug befehrt werden. Sie nach den Aussichten, die sie zu haben glauben. Im Übrigen ist natürlich keine Rede davon, daß die Nationalversammlung als Reichstag die vier Jahre lang zum mündlichen soll. Aber jetzt können keine Neuwahlen stattfinden. Das Parlament steht tief in der schwersten und notwendigsten parlamentarischen Arbeit. Selbst eine unabhängige Regierung könnte die Volkvertretung in solchen Monaten nicht nach Hause schicken.

Die Neuwahlen werden wohl kommen. Viel früher, als die „Freiheit“ annimmt. Aber zuvor muß das neue Deutschland ein Dach überm Kopfe und einen Boden unter den Füßen haben. Selbst die „Freiheit“ könnte das mit einiger Mühe einsehen. Aber dann könnte sie sich ja nicht entrüsten und über den „Betrug der Regierung“ faßeln. Was doch der neue Zweck der alten Uebung ist. „Ich komme von der Parteileitung der U. S. P. und bin etwas vorwärts.“ Mit diesen Worten kam gestern ein Unbekannter mit dem Namen Beuner in eine unserer Mitglieder-versammlungen. Es wurde ihm selbstverständlich erklärt, daß er sich bei dieser von hohen Zielen getragenen Aufgabe auf seine persönlichen Bedürfnisse beschränken müsse. Immerhin ist diese Selbsterkenntnis vom Wesen der U. S. P. sehr bezeichnend. Gewiß: der Mann hätte sich lieber verlaufen; das innige Einverständnis von Parteileitung, Referenten und Bezirksämtern im Anschluß von Arbeitern ist aber doch der Erwählung wert.

U. S. P. R. P. D. und der Neuaufbau der Arbeiterräte.

B. S. In den nächsten Tagen erscheint das vom Zentralrat ausgearbeitete neue Wahlreglement für die deutschen Arbeiter- und Betriebsräte, auf dessen Grundpläne in ganz Deutschland die Neuwahlen der Wirtschaftsräte erfolgen soll. Gegen dieses Wahlreglement protestieren die U. S. P. und die R. P. D. in schärfstem Form. In einer ihrer Propaganda u. a. in den letzten Tagen einsehen soll, steht der unabhängige, kommunistische Volksgedanke seinen Anhängern aus, wie er sich die „Erlösung der kapitalistischen Produktionsform, damit aber auch die Befreiung des Ökonomiegesetzes durch das Proletariat“ darstellt. In diesem Aufsatz, der zu Tausenden in allen Betrieben und Fabriken jetzt verbreitet wird, heißt es: „Ihren Aufgaben entsprechend, hat die Arbeiterorganisation zwei Betätigungsformen, eine wirtschaftliche und eine politische. Beide müssen aufgebaut sein auf dem System der Betriebs- und Betriebsrat. In ihrer Wirksamkeit wird sich diese Organisation in dieser revolutionären Epoche nicht auf engbegrenzte wirtschaftliche Aufgaben beschränken, sondern auch zu politischen Fragen Stellung nehmen müssen. Sobald die wirtschaftliche Betätigungsform des Arbeiterrates fundiert und ausgebaut ist, hat der Aufbau der politischen Betätigungsform des Arbeiterrates zu erfolgen.“

Es werden dann folgende Richtlinien aufgestellt: „Durch die wirtschaftliche Betätigungsform des Arbeiterrates soll die Selbstverwaltung aller Berufsarten gewährleistet werden. Die Arbeiterorganisation umfaßt alle arbeitenden Kräfte des Volkes, sie ist organisch aufzubauen zu einer das ganze Wirtschafts- und Berufsleben umfassenden Zentralorganisation. Die deutsche Republik bildet eine Wirtschaftseinheit, die zentral verwaltet wird. Die gesamte Industrie, Handel und Verkehr gliedern sich nach vierzehn Berufsgruppen: 1. Landwirtschaft, 2. Bergbau, 3. Industrie, 4. Spinnstoffgewerbe, 5. Lederindustrie, 6. Holzindustrie, 7. Papierindustrie, 8. Textilindustrie, 9. Gießereiindustrie, 10. Nahrungs- und Genussmittelgewerbe, 11. Bank-, Versicherungs- und Handelsbetriebe, 12. Verkehrsgewerbe, 13. Staats- und Kommunalbetriebe, 14. Freie Berufe. Das Wahlrecht steht allen Personen, ohne Unterschied des Geschlechts, über 18 Jahre zu, die ihren Lebensunterhalt durch Hand- oder Kopiarbeit erwerben. Das Wahlrecht zu den Betriebsräten muß sowohl von Arbeitern wie von Anstellten ausgeübt werden. Vom Wahlrecht ausgeschlossen sind alle Personen, die im Besitz von Produktionsmitteln sind und diese ständig durch fremde Arbeitskräfte bedienen lassen. Dagegen sind ausgeschlossen alle Personen, die von Grundrenten oder Arbeitslohnkapitaleinkommen leben. Nicht wahlberechtigt sind ferner die Direktoren, Profuratoren usw., die durch Löhne und so weiter am Kapitalgewinn teilnehmen.“

Industrie und Handel.

Die Börse war schwach, wobei in erster Linie auf die Weltmarkt-Verhältnisse über die Steuerpolitik verwiesen wurde. Das Geschäft hielt sich in mäßigen Grenzen. Montanwerte waren wieder rückgängig auf die zunehmende Streikbewegung hin. Schwach waren ferner Petroleumwerte im Zusammenhang mit dem Rückgang der Steuerausgaben. Es verlautet gerüchelt, daß in der Schweiz eine Abstimmung der Aktien der Steuerausgaben angeordnet sei. Schiffahrtswerte waren weiter beständig, dagegen Harz-, Elektro- und Maschinenwerte unruhig. Niedriger gingen Kanada um, auch für Kolonialwaren zeigte sich Abnahme. Schwächer waren ferner heimische Anleihen, in erster Linie Kriegsanleihen, die sich auf 78,70 stellten.

Groß-Berlin

Das Kündigungsverbot für Schwerbeschädigte. Vom Reichsarbeitsministerium wird und geschrieben: Bekanntlich hat sich die Reichsregierung am 1. Februar dieses Jahres genötigt gesehen, ein Kündigungsverbot für Schwerbeschädigte und Schwererkrankte zu erlassen, weil sonst zu befürchten war, daß diese Personen von dem Arbeitsmarkt verdrängt werden würden. Dieses Kündigungsverbot ist durch eine Reihe weiterer Verordnungen, zuletzt bis zum September dieses Jahres, verlängert worden. Das mihliche eines solchen Verbots ist nicht zu verkennen. Die Reichsregierung hofft, es beiseitigen zu können, sobald das Gesetz über den Einstellungszwang in Kraft tritt, das zur Zeit in dem Reichsarbeitsministerium vorbereitet wird. Um den Abbau des Kündigungverbots aber schon jetzt vorzubereiten, hat der Reichsarbeitsminister neuerdings angeordnet, daß Kündigungen Schwerbeschädigter wirksam sind, wenn ihnen die zuständigen Hauptfürsorgestellen der Kriegschadigtenfürsorge oder die Stelle, die von der Hauptfürsorgestelle für die Durchführung des Einstellungszwanges bestimmt ist, zugestimmt hat. Diese Zustimmung muß erteilt werden, wenn ein anderer angemessener Arbeitsplatz für den Schwerbeschädigten gefunden ist. Diese Bestimmungen gelten nicht nur für die Zukunft, sondern auch für alle Kündigungen, deren Wirksamkeit bisher durch das Kündigungsverbot ausgeschlossen war. Die Vereinigungen der Kriegschadigten sind vor dieser neuen Verordnung gehört worden und haben ihr zugestimmt.

Antisemitische Revolverhelden.

Am Kirchhofendamm, Ecke der Joachimsthaler Straße, kam es gestern abend wieder, wie schon früher, zu größeren antisemitischen Kundgebungen. Etwas ein halbes Dutzend Jünglinge besetzten einen jungen Mann, der antisemitische Reden hielt. Aus provokierenden Reden der Redatoren entsapfen dann schon öfter lebhaftere Verhüllungen. Gestern abend trat ein einer der Jünglinge ein Wort mit der Aufforderung: „Zugenehmer, laßt das „Deutsche Wochenblatt“! Einige jüdische Herren wollten sich gegen den Antrag wehren und nahmen den Felleisenteilern das Kapitulationsmaterial fort. Davor große Aufregung, wobei ein Herr von den Kundgebenden

zu Boden geschleudert und schwer mißhandelt wurde. Als die gegen den Angriff Entschlossenen sich weiter begeben wollten, folgten ihnen die Kundgebenden nach. Wüßig fixten aus der antisemitischen Gruppe heraus mehrere Revolverbüchse, die einige Personen verletzten. Noch reichlich langer Zeit erschienen dann Polizeiamten, welche die Streikenden auseinander brachten. Hoffentlich zieht die Polizei aus den Vorkommnissen die Lehre, beiseite solchen Unfug zu verhüten und nicht erst dann, wenn es schließlich wieder zu spät und erst größerer Unfriede geschehen ist. Wie wir erfahren, sind bei den Kundgebungen zwei schwer verletzt worden. Ein 24-jähriger Kunstfuder aus der Frankfurter Str. erhielt einen Schlag in den Oberarm; er ist als Polizeigeisungener in die Charité eingeliefert worden. Der gleichfalls 24 Jahre alte Franz Witzel, Neue Kanitz 24, erlitt einen Bauchschlag und mußte in ein Krankenhaus überführt werden.

Der Kursus „Streikfälle durch die soziale Diktatur“ beginnt morgen in der Aula des Kaiser-Kollegiums, U. S. P. Straße 84, abends 7 Uhr.

Diebstahl von Musikinstrumenten. Auf wird geschrieben: In letzter Zeit haben wir die traurige Erfahrung machen müssen, daß den Musikern aus den Räumen ihrer Arbeitsstätten die Musikinstrumente gestohlen werden. Es scheint hier ein gewisses System beobachtet zu werden. Am 8. d. Mts. ist wieder ein Musikler sein wertvoller Sax aus dem Zell I gestohlen worden. Dem Musikler trifft dieser Verlust um so mehr, als er seit Beginn des Krieges im Felde war und seine Geigeninstrumente ausgebraucht sind. Ein neues Instrument jetzt in dieser Zeit zu kaufen, ist unmöglich. Das Instrument ist von rotlicher Farbe mit zierlicher Metallarbeit, gewöhnlichem Boden, mit zwei langen schwarzen Adern im Holz; am Hals des Instrumentes ist der Name F. Rudolf, Gotha, eingraviert.

Ein verhängnisvolle Verweigerung. Eines eigenen Bruder schwer angefallen hat in der verhängenen Nacht der Schlosser Max Reichert aus der Müllerstraße 88. Reicherts Mutter berichtet auf dem Grundriß eine Gasvergiftung. Die allgemeine Unzufriedenheit veranlaßte ihren Sohn zu besonderen Vorkehrungsmaßnahmen. In der vergangenen Nacht hörte er ein verdächtiges Geräusch. Er stand auf, nahm eine Schußwaffe und schloß auf einen Mann, den er in der Dunkelheit nur undeutlich sah und für einen Einbrecher hielt. Der Mann wurde in den Raum getrieben und brach zusammen. Als Reichert eine näher hingehend, erkannte er zu seinem Schrecken in dem Getroffenen seinen Bruder, der unerwartet von einer Reihe zurückgekehrt war. Der Schwereverletzte wurde nach dem Paul Gerhardtspital gebracht.

Von einem Bierfest erschlagen wurde gestern der 37 Jahre alte Bierfabrikarbeiter Heinrich Rehring aus der Weihenburger Straße 12. Rehring war auf dem Wege der Deutschen Traveren in der Kaiserin-Augusta-Allee 110 beim Fußboden, als ein großer Fuß zurückfiel und vom Wagen herabfiel. Es begrub ihn unter seiner Last und quetschte ihm die Brust ein. Der Schwereverletzte wurde nach dem Virchow-Krankenhaus gebracht, wo aber nur noch der Tod festgestellt werden konnte.

Großer Wohnungsdruck. Grundlich aufgeräumt haben Einbrecher in einer Wohnung in der Nordostendstraße. Zuerst den Möbeln in einer Wohnung in der Nordostendstraße, Zuerst den Silberzeug, Gemälde, Tür- und Fensterbeschläge, Tischdecken, Teppiche und alle Kleidungsstücke, alles in allem für rund 50 000 R. Auf die Ermittelung der Einbrecher und die Wiederbeschaffung des gestohlenen Gutes ist eine hohe Belohnung ausgesetzt.

Kahnplauderung. Auf der Straße Königsmühlendamm—Waldhofer-Talhof treten am Montag folgende Redenplanänderungen im Rednerklub ein: Der Vortragsabend 2018 beginnt nicht mehr in der Kantine, sondern in Königsmühlendamm 2018 um 7 Uhr abends. Für 1918 der Vortragsabend 2018 auf der Straße Königsmühlendamm—Waldhofer-Talhof, der 5. d. Mts. abends. Von Freitag ab 18. d. Mts. 1918 ab Waldhofer-Talhof 10.15 und 11.4 ab Waldhofer 9.15, an Waldhofer Waldhof 3.17, aus.

Die Gültigkeit der Schülermonatskarten ist jetzt auch auf die Sommer- und Herbstferien ausgedehnt worden. Ebenso die früheren Schülermonatskarten an den Sommer- und Herbstferien, wie auch während der Ferien nicht benutzt werden dürfen, so ist nunmehr, nach Auslieferung von Schülermonatskarten, die Fahrt auch an Sommer- und Herbstferien, sowie in der Zeit der Ferien freigegeben worden.

Königsplatz-Stadtverordnetenversammlung. Eingeführt wurden die neu gewählten Stadträte Meyer und Schnorr (U. S. P. D.) sowie Schulze (S. P. D.), ferner die Stadträte Fritze, Kohnert und Rie (U. S. P. D.). Die Magistratsvorlage auf Bewährung von Vorkosten zur Deckung rückständiger Mietzinsen wurde nach den Plänen des Ratsunternehmens angenommen. Die Gemeindesteuer wurde auf 300 Proz. unter Stellung der Einkommen und Steuerträge wie folgt festgelegt: Einkommen bis 1500 M. frei, 1500—1650 M. mit 20 Proz., 1650—1800 M. 30 Proz., 1800—2100 M. 40 Proz., 2100—2500 M. 50 Proz. Zum Ausgleich werden erhoben bei Einkommen von 2500—3000 M. 6 Proz., bis 3500 M. 10 Proz., bis 12 500 M. 50 Proz. der Normalhöhe des Staatssteuerzuschlages. Bei über 12 500 M. Einkommen gelangen die vollen Sätze zur Erhebung. Die Kinderbewahranstalt wird in städtische Verwaltung übernommen und eine besondere Verwaltungskommission eingesetzt. Dem Spruch des Reichsanwaltes betreffend Vorkosten zwischen dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter wurde zugestimmt.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Steigend. Am Sonntag 13. der roten Stadt. Lebensmittelkonstante 2. und 3. Quartale. Vom 12. bis 15. d. Mts. Verkauf von Konstanten an Kinder im 7. bis 12. Lebensjahre, auf den unteren Abschnitt 2 der Bezugsliste eine Quote zu 1.80 M. Preis. Für die Lebensmittel-Lieferung an werdende Mütter vom vierten Monat an werden vom Montag ab 2. August ab nur noch gegeben. Die Abgabe der Lebensmittel vom 2. August ab nur noch auf die neuen Karten. Buchholz. In der Gemeinde-Verkaufsstelle ist Angehörige 1/4, 1/2, 3/4, 1 M. Käufer Kaufpreisverkauf am Freitag. Für schwangere Frauen in der Gemeinde-Verkaufsstelle 1.50 Gramm Kaffee für 1.80 M. und 2.50 Gramm Kaffee für 1.70 M. Einwohner, die auf Nr. 40 Wohnort noch nicht erhalten haben, können dieses jetzt in der Gemeinde-Verkaufsstelle haben.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsverband der Kriegschadigten. Ortsgruppe Wilmersdorf. Sommerfest der Ortsgruppe morgen Freitag, den 15., nachmittags 4 Uhr, bei Schumann am Stadtpark.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

16. Abstellung. Sonntag Familienausflug nach Dirschdamm. Treffpunkt nachmittags 2 Uhr im Restaurant Waldberg. Abreise. Am Freitag, 1. d. Mts., in Waldhof „Aufbau“ eine von allen drei sozialistischen Parteien entworfenen öffentlichen Volksversammlung, in welcher die Vertreter der drei sozialistischen Parteien, Frau Dr. Reichel, über „Religion und Schule“ sprechen wird. In der Versammlung wird auch höhere Aufmerksamkeit über die am 14. September in Aussicht genommene Bundestagung gegeben. Bundestagung. Datum: Gemeindefestabend im Park (Schloß Sperand).

Gewerkschaftsbewegung

Der Verband der deutschen Buchdrucker im Jahre 1918. In einem stattlichen Bündnis gibt der Vorstand des Verbandes der deutschen Buchdrucker seinen Mitgliedern Bescheid über seine Tätigkeit während des letzten Jahres. Vorüber binand aber ist der Verband mit seinen zahlreichen Tabellen für jeden in der Arbeiterbewegung tätigen Genossen äußerst wertvoll, da das

zusammengetragene Material sich nicht nur auf das Jahr 1918 bezieht, sondern gleichzeitig eine Übersicht gibt über die Auf- und Abwärtsbewegung der großen deutschen Buchdruckerorganisation während der Kriegsjahre. Für den tätigen Gewerkschaftler um so wertvoller, als bekanntlich die deutschen Buchdruckergehilfen erst recht ihrer Berufsorganisation angehören und ihr, wenn sie erst einmal vom Gedanken des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses erfasst sind, für alle Zeit treu angehören. So geben denn die statistischen Tabellen der Kriegsjahre eine sprechende Illustration zu den einschneidenden Wirkungen des Weltkrieges auf die deutsche Arbeiterklasse. Wie entsetzlich die Folgewirkungen des Krieges sind, beweist die Tatsache, daß 7005 Mitglieder, d. h. 12,4 Proz. aller zum Heeresdienst einberufenen Mitglieder, d. h. 9 Proz. der gesamten Mitglieder des Buchdruckerverbandes, im Felde gefallen oder an Krankheiten verstorben sind. Weitere 3789 Mitglieder sind kriegsbeschädigt zurückgekehrt.

Das Vermögen des Verbandes betrug am 31. März d. J. über 12 Millionen Mark, dazu kommen jedoch noch die Vermögensbestände der einzelnen Gauvereine. An Unterstützungen leistete der Verband im Jahre 1918: Arbeitslosenunterstützung 245 128 M., Heilunterstützung 7004 M., Invalidenunterstützung 457 000 M. Daß der Krieg und das damit verbundene Ernährungs- und unter den Dächern liegenden fahrende Wunden schlugen, zeigen die Summen, die für erkrankte und verstorbene Mitglieder aufgewendet werden mußten. Während des Krieges ist ein dauerndes Ansteigen der Krankenziffer zu beobachten. Im Jahre 1918 war der Prozentanteil der erkrankten Mitglieder 4,27 gegen 2,67 im Jahre 1916; an Krankengeld wurden demgemäß im Jahre 1918 655 716 M., an Sterbegeld 170 100 M. gegenüber 99 789 M. im Jahre 1916. Unter den Verstorbenen des letzten Jahres hat der Verband der Buchdrucker auch den Verlust seines langjährigen 1. Vorsitzenden Emil Döblins zu beklagen.

Die Beendigung des Krieges und der damit verbundene politische Umsturz haben natürlich ihre Wirkungen auch auf die Organisation der Buchdrucker ausgeübt. Die aus dem Felde zurückgekehrten mußten ihren Lohn mit den herrschenden Lohnverhältnissen in Übereinstimmung zu bringen suchen. Mit Hilfe der gewerkschaftlichen Organisation ist ihnen das auch einigermaßen gelungen. Für die Schwierigkeiten, die dabei zu überwinden waren, gibt der Bericht des Vorstandes bereitetes Zeugnis. Nicht vorant- dringen müßten wir aus dem Bericht einige treffliche Sätze, die der Verbandsvorstand an seine Mitglieder richtet, die aber auch Geltung haben für die gewerkschaftliche Betätigung der gesamten Arbeiterklasse:

„Gravale Gewaltmaßregeln waren von jeher dem denkenden Arbeiter verhaßt; die namentlich während der Zeit des Sozialisten- gefebes beliebte behördliche Unterdrückung der freien Meinungs-

äußerung und der gewerkschaftlichen Betätigung erfüllte die Arbeiterklasse mit Scham und Geißel. Politische Unzufriedenheiten haben bedauerlicherweise gegenwärtig Zustände hervorgerufen, in denen die freie Meinung mißachtet und Andersdenkende mit allen Mitteln, selbst denen der nackten Gewalt, zu Handlungen gezwungen werden, die ihrer Ueberzeugung zuwiderlaufen. Die Art, wie politische Massen- streiks in die Wege geleitet wurden, gefährdet die Einheits- lichkeit der Arbeiterbewegung, lähmt Aktionkraft und neigung zur Erreichung dringender Aufgaben und verflücht — da von Widerheiten durchgeleitet — gegen die Gesetze der De- mokratie, der gewerkschaftlichen Fundamente.“

Ferien in der Berliner Musikinstrumenten-Industrie.

Die im Deutschen Poliarbeiterverbande organisierten Arbeiter dieser Industrie hatten unlängst außer der Zahlung von Teuerungszulagen auch die Gewährung von Ferien gefordert. Ueber die Verhandlungen wegen der Ferien berietete in einer überflüssigen Mit- gliederversammlung der Brandenburger Dorn. Die Unternehmer hätten bei Verhandlung dieser Frage wieder einmal gezeigt, wie wenig sie geneigt sind, den heutigen Verhältnissen und den Bedürf- nissen der Arbeiter Rechnung zu tragen. Nach langen Verhand- lungen kam folgender Vorschlag zustande, der keineswegs befriedige und worüber die Kollegen zu entscheiden hätten:

Bei einer Beschäftigungsdauer von $\frac{1}{2}$ Jahr = 2 Tage, 1 Jahr = 3 Tage und 3 Jahren = 4 Tage Ferien. Lohnarbeiter erhalten ihren vollen Lohn, Alfordarbeiter den Durchschnittslohn und Teuerungszulagen abzüglich 10 Proz. Kriegsdienst redmet als Beschäftigungszeit. Kriegsteilnehmer, die vorher nicht im Betrieb beschäftigt waren, sowie Leiharbeiter, sind bei Bemessung der Ferien im Rahmen des Einkommens besonders zu berücksichtigen. Werden die Ferien dazu benutzt, um Dienste bei einem anderen Arbeitgeber zu leisten, so erlischt der Anspruch auf Ferienentschädigung. Eine Abgeltung in Geld an Stelle der Ferien ist nicht statthaft. Für den Fall jedoch, daß die Entlassung eines Arbeiters innerhalb vier- zehn Tagen vor Ferienantritt stattfindet, muß dem Entlassenen der Lohn für die Ferientage ausbezahlt werden. Die Ferien sind in die Monate August und September zu legen und legen die Arbeiter- auskünfte gemeinsam mit dem Unternehmer die Zeit fest. Die Abmahnung gilt nur für dieses Jahr.

Alle Diskussionsredner gaben ihre Unzufriedenheit mit dem Erreichten Ausdruck. Wenn die Versammlung schließlich doch der Abmahnung zustimmte, so nur unter dem Gesichtspunkt, daß dieser einen Frage wegen ein Kampf nicht geführt werden solle. Die Ferien im nächsten Jahr müßten allerdings ganz anders aussehen. Nach den Verichten einzelner Ableute sind auch bereits einige Unter- nehmer über den Rahmen des oben festgelegten hinaus ihren Ar- beitern entgegengekommen. Andererseits wurden aber auch Bei- spiele mitgeteilt, wie einzelne besonders feindselige Unternehmer die Vereinbarung nach ihrer Plauer auslegen verstanden.

Ueber die Entschädigung für eigenen Verdienst war sich die Versammlung dahin einig, daß diese dem Unternehmern nicht länger

zur Verfügung zu stellen, falls nicht ein angemessenes Entschädigung dafür gezahlt wird. Schließlich muß den Arbeitern sämtliches Ver- zeug geliefert werden, ebenso muß die Zeit, in welcher wegen Mangel an Werkzeug nicht gearbeitet werden kann, in Lohn gezahlt werden. Hingewiesen wurde noch darauf, daß alle Kollegen fort- gesetzt auf strengste Innehaltung der Vorschriften über Benutzung des Arbeitsaufweises bei der Einstellung von Arbeitskräften zu achten haben.

Achtung, Arbeiter aller Branchen!

Der Transportarbeiterverband teilt mit, daß die Sperre über den Fuhrbetrieb bei P. S. G. Berlin, Ostpreußenstr. 69, noch nicht aufgehoben ist. Es sei daran erinnert, daß der Betrieb gesperrt wurde wegen Nichtanerkennung des Tarifvertrages, Mißregelung des Vertrauensmannes, Beschimpfung und Bedrohung der Verbandsvertreter.

Da der Firma die Sperre unangenehm ist, versuchte sie jetzt, die Öffentlichkeit zu täuschen, indem sie Wagen mit anderen Firmen- schildern, z. B. Sargold, Hing, Hill, benutzte.

Wir als Arbeiter, auf dieses Täuschungsmanöver zu achten und Arbeit in diesem Betriebe nicht früher anzunehmen, bis Herr Sargold die Organisation und den Loktarif anerkennt.

Deutscher Transportarbeiterverband.

Sektion Lebensmittelbranche. Der Streik der Arbeiter und Arbeiterinnen der Nahrungsmittelbranche bei P. S. G. Berlin, Ostpreußenstr. 11, ist am Mittwoch durch Verhandlungen beigelegt. Die wir schon berichteten, handelte es sich um die pädagogische Entlassung des Ober- monnes des Auskaufes und um die Anerkennung des Tarif- vertrages. Die Verhandlungen, an denen zwei Vertreter des Transportarbeiterverbandes und der Auskauf des Betriebes beteiligt waren, führten zu einem vorläufig aufrechen- stehenden Resultat. Die Löhne erhalten eine zehnprozentige Aufbesserung, Ueberstunden werden mit 25 Prozent Auf- schlag bezahlt. Die Urlaubsfrage sowie die Vermittlung der Arbeitskräfte durch den Arbeitsnachweis, Minderstrafe, ebenso die Anerkennung der Organisation ist durch Vertrag fest- zulegen. Die Streikstage werden zur Hälfte bezahlt. In der Lohn- trage ist bis zum 15. September ein Provisorium geschaffen, dann soll die endgültige Regelung stattfinden. Die Arbeit wurde heute, Donnerstag, wieder aufgenommen.

Gier hat wieder die Organisation sowie die Einigkeit der Ar- beiterinnen bewiesen, daß Tarifkraft und Geschlossenheit zum Ziele führen. Das Vertrauen zur Organisation ist hier erneut gestärkt, hoffen wir, daß bei der nächsten Verhandlung alle Schwierigkeiten aus dem Wege geräumt werden.

Deutscher Musikerverband. Sektion der Ensemble- musik. Morgen Freitag, den 15. August, vormittags 10 Uhr, findet im Vereinslocale eine Verammlung der Vertrauensleute aus den Kaffee- kaufbetrieben statt. Erscheinen dringend notwendig.

Vermittlung für den redaktion. Teil: Wladimir, Reußstr.; für Kaufleute: Theodor Gleditsch, Berlin; Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin; Druck: Verlags- buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin, Unter den Eichen 10.

Ein Freudentag ist Waschtage

mit dem patentierten, vollkommen selbsttätig arbeitenden „Lebiga“ Dampf-Wasch-Automaten, der lauter Arbeit, Arbeit, Arbeit, Selb- und Feuerung erspart und in jedem Raum für Gas- und Küchenherd benutzbar ist, ohne jede Bedienung, größte Schonung der Wäsche, selbst mit dem markenreinen Seifenpulver, wovon wir das Bestehende auf Wunsch liefern. Die Anschaffung wird erst, auch durch bequeme Zahlungs- weise erleichtert. Preis je nach Größe und dem zeitlich in Frage kommenden Teuerungszuschlag von 61 Mark an.

Näheres durch Freiliste V. mit Abbildungen gratis. „Lebiga“ Dampf-Wasch-Automaten-Zentrale Berlin-Wilmersdorf, Hohensteindamm 27a.

Läuse

Kopfläuse mit Brut (Nisse) beseitigt man am sichersten mit dem schnell wirkenden Radikalmittel „Läuseöld“! Man vermeide daher Ersatzmittel u. achte auf das Schutz- wort „Läuseöld“, P. 73 Pl. u. 1,50. Gegen Kleiderläuse: Russol-Gelb, 1,50. Körperläuse: Russol-Puder 1 M. Wo nicht erfüllt, Vers. d. O. Reichel, Berlin SO 43, Eisenbahnstr. 4.

Kleine Anzeigen im „Vorwärts“ sind billig und erfolgreich!

Kuhla-Pianos

Verkauf im Jubiläumstag N 31, Watzstr. 17/18.

Hautkrankheiten

Tierarzt Jüling, Friedrichstr. 39, vormittags 10 Uhr, findet im Vereinslocale eine Verammlung der Vertrauensleute aus den Kaffee- kaufbetrieben statt. Erscheinen dringend notwendig.

Verkäufe

Wohnungsmittel, Wägen, Autos, etc.

Geschäftsverkäufe

Wohnungsmittel, Wägen, Autos, etc.

Kobelt

Wohnungsmittel, Wägen, Autos, etc.

Läuse

Kopfläuse mit Brut (Nisse) beseitigt man am sichersten mit dem schnell wirkenden Radikalmittel „Läuseöld“! Man vermeide daher Ersatzmittel u. achte auf das Schutz- wort „Läuseöld“, P. 73 Pl. u. 1,50. Gegen Kleiderläuse: Russol-Gelb, 1,50. Körperläuse: Russol-Puder 1 M. Wo nicht erfüllt, Vers. d. O. Reichel, Berlin SO 43, Eisenbahnstr. 4.

Kleine Anzeigen im „Vorwärts“ sind billig und erfolgreich!

Kuhla-Pianos

Verkauf im Jubiläumstag N 31, Watzstr. 17/18.

Hautkrankheiten

Tierarzt Jüling, Friedrichstr. 39, vormittags 10 Uhr, findet im Vereinslocale eine Verammlung der Vertrauensleute aus den Kaffee- kaufbetrieben statt. Erscheinen dringend notwendig.